



# Niedersachsen fit für Europa, fit durch Europa!

## Inhaltsverzeichnis

1. Niedersachsen fit für Europa, fit durch Europa! .....	2
2. Besserer Service für die niedersächsischen Kommunen – damit Europa vor Ort ankommt .....	2
3. Europa für Südniedersachsen.....	4
4. Gleiche Chancen für alle.....	5
5. Einsatz für die niedersächsische Wirtschaft.....	7
6. Niedersachsen fit für Europa machen .....	8
7. Europa nach Niedersachsen holen ... ..	9
8. ...und Niedersachsen nach Europa bringen.....	10
9. Niedersachsen – ein geschätzter Partner in Europa .....	11
10. Niedersachsen - ein guter Nachbar .....	12
11. Niedersachsen engagiert sich für eine gerechtere Welt.....	13



## **1. Niedersachsen fit für Europa, fit durch Europa!**

Niedersachsen ist ein Land der Vielfalt. Es sind die unterschiedlichen Menschen und die bunten Regionen, die dieses Land prägen und einzigartig machen – vom Harz bis an die Küste, von der Heide bis zur Ems und noch weit darüber hinaus. Niedersachsen hat ganz verschiedene Stärken, die es zu nutzen und zu fördern gilt. Es gibt die unterschiedlichsten Potenziale, die auch künftig optimal ausgeschöpft werden sollen.

In einigen Bereichen liegt der Bedarf für Optimierungen auf der Hand, etwa bei der Bevölkerungsentwicklung und der wirtschaftlichen Struktur einiger Regionen. Um hierbei voranzukommen, muss einerseits gezielt, andererseits aber auch mit dem Blick für das große Ganze vorgegangen werden. Das ist nicht zuletzt auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit vor Ort.

Europa bietet zahlreiche Möglichkeiten, um Stärken zu stärken und Schwachstellen zu beseitigen. Die Vorstellung, die europäischen Institutionen in Brüssel seien „weit weg“, führt in die Irre. Wer sich abschottet, lässt wertvolle Potenziale liegen.

In der Praxis zeigt sich allerdings oft: Für den Einzelnen sind diese Potentiale kaum zu überschauen. Wer von den verschiedensten Förderwegen profitieren will, der braucht viel Sachverstand auf EU-Ebene. Genauso entscheidend sind Kenntnisse von den hiesigen Gegebenheiten und die Vernetzung zwischen den Akteurinnen und Akteuren: Nur wer die Verhältnisse in Niedersachsen kennt, kann zielgerichtete Ansätze entwickeln, die tatsächlich in den jeweiligen Regionen wirken.

Niedersachsen setzt deshalb seit dem Jahr 2013 auf eine enge Vernetzung zwischen Europa, dem Land und den Kommunen. Schon heute sieht man an vielen Stellen, dass sich der neue niedersächsische Weg für das ganze Land lohnt! Dieser Weg kann und wird sich auch in Zukunft lohnen, wenn Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft auch weiterhin eng zusammenwirken, um jeweils die richtigen Strategien für die verschiedenen Gebiete zu entwickeln.

Die Verantwortlichen in Europa, im Land und in den Regionen sorgen gemeinsam dafür, dass es in und für Niedersachsen vorangeht.

## **2. Besserer Service für die niedersächsischen Kommunen – damit Europa vor Ort ankommt**

Europa ist nicht „weit weg“. Wer Europa richtig versteht, entdeckt das Gegenteil: Die vielfältigen Fördermöglichkeiten der EU können direkt vor Ort helfen, Potentiale zu heben und strukturellen Problemen entgegenzuwirken. Die Wege zum Erfolg sind allerdings verzweigt: Ob Europäischer Fonds für regionale Entwicklung (Efre), Europäischer Sozialfonds (ESF) oder Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (Eler) – es gibt viele Möglichkeiten, die für den Einzelnen oft nur schwer zu überschauen sind.

Es muss fondsübergreifend gedacht werden, außerdem bedarf es einer stärkeren Verzahnung der EU-Förderung mit der regionalen Landesentwicklung. Deshalb ist unter dem Titel „Europa und regionale Landesentwicklung“ eine neue Abteilung in der Staatskanzlei und ein



---

Staatssekretärsausschuss für regionale Landesentwicklung und EU-Förderung eingerichtet worden, die genau hierauf ihr Augenmerk richten.

Bundesweit hat allein Niedersachsen ein Multifondsprogramm für Efre- und ESF-Mittel, das wiederum eng mit dem Eler-Programm abgestimmt wurde. Die Förderprogramme greifen beispielsweise bei der Innovationsförderung oder dem Klimawandel bestmöglich ineinander. So entstehen Synergien statt Förderlücken.

Mit den [vier Ämtern für regionale Landesentwicklung](#) wurden an den Standorten Braunschweig, Hildesheim, Lüneburg und Oldenburg wichtige Ansprechpartner etabliert. In den neu eingerichteten Kommunalen Steuerungsausschüssen werden Fragen der regionalisierten EU-Förderung zwischen den Ämtern und den Kommunen abgestimmt.

Durch die Einrichtung der Ämter ist das Land wieder stärker in der Fläche vertreten. Die Ämter stellen das Bindeglied zwischen Landesregierung und Kommunen dar, das bisher gefehlt hat. Förderanträge werden mit ihrer Unterstützung umfassend abgestimmt. Dabei wird im Sinne der gesamten Region gedacht und nicht nur bis zur jeweiligen kommunalen Gebietsgrenze.

Die Ämter beraten und unterstützen potenzielle Projektträger dabei, Vorhaben auf den Weg zu bringen, die positive Impulse für eine nachhaltige Entwicklung in der Region geben. Sie wirken als Transmissionsriemen der regionalen Entwicklung. Sie führen Akteure zu Verantwortungsgemeinschaften zusammen. Grundlage sind die [regionalen Handlungsstrategien](#). Das erhöht die Fähigkeit zum gemeinsamen Handeln in den Regionen.

Die regionalen Handlungsstrategien sorgen dafür, dass die Förderung der Regionen ganzheitlich gedacht und maßgeschneidert umgesetzt wird. Dass dieser Ansatz ankommt, zeigt das große Engagement vor Ort, das die Antragsteller mit zahlreichen Projektideen zum Ausdruck bringen.

Für Maßnahmen im Rahmen von Efre und ESF, die eine regionale Bedeutung haben, führen die neuen Ämter für regionale Landesentwicklung ein „Scoring“ durch. Darin werden übergeordnete Ziele wie nachhaltige Entwicklung oder das Leitbild „Gute Arbeit“ berücksichtigt. Fördermaßnahmen im Rahmen von Eler und für den Breitbandausbau im ländlichen Raum werden direkt in den Ämtern bewilligt, wo die regionalen Bedarfe bekannt sind.

Die EU-Förderung wird so nicht nur umfassend zwischen den Ebenen verzahnt, sondern vor Ort werden auch möglichst viele Akteure mit einbezogen. Bei der Auftaktveranstaltung für Efre, ESF und Eler im Sommer 2015 waren Hunderte Teilnehmerinnen und Teilnehmern anwesend. Weitere regionale Informationsveranstaltungen verbreiteten und verankerten die Ideen in der Fläche.

Das hat dazu geführt, dass die EU-Strukturförderung überall im Land ankommt. Gleichzeitig liegt Niedersachsen bundesweit an der Spitze der Bundesländer beim Abbau von EU-Förderbürokratie. Die Ämter für regionale Landesentwicklung sind in allen Fragen der regionalisierten EU-Förderung ein akzeptiertes Beratungs- und Entscheidungsorgan. [Die Landesbeauftragten](#) an der Spitze der Ämter etablieren sich zunehmend in ihren Regionen. Diese Entwicklung soll noch weiter verstärkt werden. Bereits jetzt sehen etwa zwei Drittel der Bürgermeister und Landräte ihren Landesbeauftragten als „Kümmerer“ in der Region. Flächendeckend sehen die kommunalen Verwaltungschefs die Landesbeauftragten inzwischen als wichtigste Ansprechpartner in der Regionalpolitik.



Um den Austausch in den ländlichen Regionen auch an anderer Stelle zu stärken, wird gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden die „Vernetzungsplattform ländliche Räume in Niedersachsen“ entwickelt. Über diesen Weg sollen Projektideen geteilt werden, damit sie auch anderswo in die Tat umgesetzt werden können. Auch Ansätze aus dem Wettbewerb „Unser Dorf hat Zukunft“ und aus der Initiative „Gemeinde 5.0“ des Niedersächsischen Städte- und Gemeindebunds (NSGB) können über dieses Portal vervielfältigt werden.

Wer den gesellschaftlichen und demografischen Wandel meistern will, braucht neue und innovative Ansätze. Deshalb stehen für Niedersachsen in der laufenden Förderperiode weitere 12,5 Millionen Euro aus der EU-Förderrichtlinie Soziale Innovation bereit. Daraus werden verschiedenste zukunftsweisende Projekte gefördert. Unter dem Strich verfügt Niedersachsen dank dieser Maßnahmen nunmehr über eine gute Grundlage für die regionalisierte Landesentwicklung.

Im Mai 2013 wurde der Staatssekretärsausschuss „Regionale Landesentwicklung und EU-Förderung“ als maßgebliches Steuerungsorgan eingerichtet. Er stellt den notwendigen Ausgleich zwischen berechtigten Fachinteressen in den Ressorts und dem gemeinsamen Anliegen einer koordinierten Landesentwicklung und EU-Förderung her. Diese Koordinierung der strategischen Planungen der Fachministerien trägt dazu bei, dass die zur Verfügung stehenden knapperen Fördermittel aus den EU-, Bundes- und Landesprogrammen mit größtmöglicher Wirkung eingesetzt werden. Das erhöht die Wirkung der Landesentwicklungsmaßnahmen deutlich und verhindert ein Nebeneinander verschiedener Förderstrategien und -programme.

Diese neuen Strukturen sollen sich auch in der Vorbereitung der nächsten EU-Förderperiode ab 2021 bewähren. Ziel ist, die Regionalförderung bedarfsgerecht und erfahrungsbasiert weiterzuentwickeln, damit auch zukünftig möglichst viele Fördergelder aus Europa nach Niedersachsen fließen und hier maximalen Nutzen stiften. Konzepte, die sowohl dem örtlichen Bedarf als auch dem „großen Ganzen“ Rechnung tragen, bieten gute Zukunftsperspektiven für die niedersächsischen Regionen.

### **3. Europa für Südniedersachsen**

Es ist seit Jahren bekannt, dass insbesondere Südniedersachsen vor strukturellen und demografischen Problemen steht. Europa bietet zahlreiche Möglichkeiten, um diese Herausforderungen zu bewältigen. Durch das [Südniedersachsenprogramm](#) sollen 100 Millionen Euro für besonders regional bedeutsame Projekte zusätzlich nach Südniedersachsen fließen. Dieses Ziel ist nicht illusorisch, sondern in unmittelbarer Sichtweite. Das Land Niedersachsen fördert diese Entwicklung mit zusätzlichen Landesmitteln. Inzwischen sind Projekte mit einem Gesamtvolumen von 99 Millionen Euro beantragt. Bereits bewilligt sind Vorhaben mit einem Umfang von 78 Millionen Euro.

In der Region ist gut erkennbar, wie sehr die Menschen bereit sind, sich einzusetzen, um gemeinsam den Weg in eine erfolgreichere Zukunft zu gehen. Ihr Engagement spricht für sich: Rund 150 Ideen sind beim Projektbüro Südniedersachsen (Göttingen) eingegangen. Sie kommen aus Bereichen, die so vielfältig sind, wie die Region selbst – aus Hochschulen und



Forschungseinrichtungen, aus Vereinen und Verbänden, aber auch aus Kammern und anderen Einrichtungen des öffentlichen Rechts.

Der gemeinsame Erfolg und das gesellschaftliche Engagement bei der Umsetzung des Südniedersachsenprogramms zeigen deutlich: Die Region rückt zusammen und arbeitet miteinander für eine nachhaltige regionale Entwicklung. Das Programm erweist sich als Vorlage, die zukünftig auch für andere Gebiete in Niedersachsen angewandt werden kann.

Vor Herausforderungen stehen aber nicht nur die strukturschwachen Gebiete, sondern alle Regionen in Niedersachsen. Auch hier zeigt sich, dass Niedersachsen stark ist, wenn die verschiedenen Akteure gut zusammenwirken.

Das wird etwa beim Breitbandausbau deutlich: Fördergelder gibt es hier von der EU, vom Bund und vom Land. Umso wichtiger ist deshalb ein koordiniertes Vorgehen, um unnützen Aufwand und Doppelstrukturen zu vermeiden und zugleich die Erfolgchancen zu erhöhen. Deshalb wurde eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe eingerichtet, in der die entsprechenden Förderinstrumente eng abgestimmt werden.

#### **4. Gleiche Chancen für alle**

Niedersachsen ist ein starkes Küstenland mit starken Nachbarn – innerhalb und außerhalb von Deutschland. Viele seiner Nachbarn haben ganz ähnliche Interessen. Darin liegen dauerhafte Chancen für intelligente Kooperationen. Eine wichtige Rolle in der Regionalpolitik übernehmen die drei Metropolregionen mit niedersächsischer Beteiligung. Spezifischer Auftrag einer Metropolregion ist die Anbahnung und Unterstützung von Stadt-Land-Kooperationen.

In der Metropolregion Nordwest arbeiten Niedersachsen und Bremen wie in der Eler-Förderung eng zusammen. Ministerpräsident Stephan Weil hat dazu in 2016 mit dem Bremer Bürgermeister einen länderübergreifenden Staatsvertrag unterzeichnet. Dadurch fließt jährlich mehr als eine Viertelmillion Euro in den Förderfonds. Die Projektarbeit für die Menschen in der Metropolregion wurde damit auf eine verlässliche Grundlage gestellt.

Die Metropolregionen Nordwest sowie Hannover-Braunschweig-Göttingen-Wolfsburg haben zusätzliche Mittel von jeweils 200.000 Euro pro Jahr erhalten, mit denen konkrete Projekte zur Bewältigung des demografischen Wandels gefördert werden können. Die möglichen Projekte orientieren sich an den Empfehlungen des Zukunftsforums Niedersachsen. Bereits heute werden die zusätzlichen Gelder in beiden Metropolregionen intensiv nachgefragt.

Die Metropolregion Hamburg hat sich in einem breit angelegten Strategieprozess sowohl inhaltlich wie strukturell zukunftsfest aufgestellt. Seit 2017 ist die Wirtschaft – wie bei den beiden anderen Regionen – in die Gremien der Metropolregion integriert. Die Landesregierung verspricht sich davon vor allem neue Impulse für Innovationen in der Region.

Ab 2017 ist Niedersachsen zudem Mitglied in der „Konferenz peripherer Küstenregionen“ und der „Nordseekommission“. Hier werden zahlreiche europäische Küstengebiete an einen Tisch gebracht. Nicht zuletzt mit Blick auf den „Brexit“ haben sich so wichtige Dialogplattformen für die künftige Zusammenarbeit mit Großbritannien eröffnet.



Die „Nordseekommission“ beschäftigt sich sowohl mit Meerespolitik, sauberem Transport insbesondere in der Schifffahrt, mit Häfen als auch mit transnationaler Zusammenarbeit in Fragen der (erneuerbaren) Energien und des Klimawandels sowie mit Erhalt und Steigerung der Attraktivität von Kommunen. Gerade für den Bereich Weser-Ems liegen in dieser Kooperation große Potenziale, um niedersächsische Entwicklungen im europäischen Kontext einzubringen. Dies ist eine solide Grundlage, um gemeinsam mit benachbarten Partnern zusätzliche EU-Fördermittel zu generieren und den Austausch über Innovationen und Entwicklungen zu stärken.

Neben der bereits erfolgreich eingeleiteten Entschuldung der Gemeinden, Samtgemeinden und Landkreise hat Niedersachsen den Weg für eine längst überfällige faire Teilhabe aller Kommunen an den Fördertöpfen der Europäischen Union geebnet. Seit 2015 unterstützt die Landesregierung besonders finanzschwache Kommunen, die selbst nicht in der Lage sind, die notwendigen Eigenanteile zur Kofinanzierung von EU-Förderprojekten aufzubringen, mit jährlich acht Millionen Euro.

Um eine Benachteiligung von Kommunen auszuschließen, die einen Zukunftsvertrag abgeschlossen haben, werden auch diejenigen berücksichtigt, die Zins- und Tilgungshilfen nach Paragraph 14a des Niedersächsischen Gesetzes über den Finanzausgleich erhalten haben. Ein wesentlicher Strukturfehler des Zukunftsvertrages ist es, dass er Städte und Gemeinden in ihrer Fähigkeit stark einschränkt, EU-geförderte Projekte kofinanzieren. Dadurch wird sichergestellt, dass die betroffenen Kommunen in Niedersachsen – zusätzlich zu den Fördermitteln aus den Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (Esi-Fonds) – von ergänzenden Zuweisungen profitieren können. Konkret werden mit den Kofinanzierungen Beiträge für zukunftsweisende EU-Förderprojekte in den Bereichen Tourismus, Wissenschaft und Forschung oder auch zur Verbesserung von Infrastruktur und schneller Internetanbindung geleistet. Dadurch wird nicht zuletzt die Wettbewerbsfähigkeit kleiner und mittlerer Unternehmen gefördert.

Der demografische Wandel verändert nicht nur die Kommunen, sondern auch die Bedürfnisse der Bevölkerung. Es wurde deshalb ein bürgernahes Regionalmonitoring für Niedersachsen entwickelt. So stellt das [Regionalmonitoring Niedersachsen](#) aussagekräftige Indikatoren aus den Themenfeldern Bevölkerung, Wirtschaft, Arbeit und Beschäftigung, Soziales, Bildung sowie öffentliche Finanzen auf dem jeweils aktuellsten verfügbaren Stand kartografisch dar. Bürgerinnen und Bürgern, Kommunen, Unternehmen, Behörden und Planungsverantwortliche können sich mithilfe dieses Instruments die Indikatoren für unterschiedliche Zeiträume und regionale Ebenen darstellen lassen: Wie sieht der Arbeitsmarkt aus? Wie steht es um Schulen und Kinderbetreuung und wie viele Menschen leben überhaupt in dem Gebiet? Auf diese und zahlreiche andere Fragen finden Menschen über den neuen Service die passenden Antworten.

Künftig wird zudem ein Daseinsvorsorgeatlas durch die Zusammenschau der relevanten Einrichtungen – also etwa Hausärzte, schulische Einrichtungen oder andere Bereiche der Grundversorgung - eine wichtige Planungsgrundlage sowohl für die kommunale und regionale Ebene als auch für das Wirken der Ressorts in der Fläche schaffen. Dieses Werkzeug verschafft auch Bürgerinnen und Bürgern einen besseren Überblick. Es dient außerdem der Vorbereitung auf die neue EU-Förderperiode ab 2021. Regionaler Bedarf und Besonderheiten können damit zielgenau identifiziert werden. Im Rahmen der Europaministerkonferenz hat sich die Niedersächsische Landesregierung dafür eingesetzt, dass Niedersachsen in der kommenden EU-Förderperiode weiterhin eine bedarfsgerechte Mittelausstattung erhält.



## 5. Einsatz für die niedersächsische Wirtschaft

Energieintensive Unternehmen aus der Chemiebranche oder der Stahlindustrie sorgen in Niedersachsen für viele Arbeitsplätze und damit auch für wirtschaftlichen Wohlstand. Die wirtschaftlichen Interessen müssen deshalb auch auf EU-Ebene mit starker Stimme vertreten werden. Unternehmen aus den betroffenen Branchen sollen auch in Zukunft verlässlich planen können. So kann es gelingen, Arbeitsplätze zu sichern und neue Investitionen zu fördern, zum Beispiel in ressourcensparende Innovationen. Gleichzeitig gilt es, die berechtigten Anliegen an einen modernen und wirksamen Klimaschutz zu berücksichtigen. Niedersachsen wirkt intensiv bei der Reform des Europäischen Emissionshandelssystems mit. Diese Anstrengungen sollen auch zukünftig fortgesetzt werden.

Die niedersächsischen Anliegen werden direkt gegenüber den zuständigen EU-Kommissaren, dem Europäischen Parlament und im Ausschuss der Regionen vertreten. Sie wurden auch im Rahmen von Wirtschaftsgesprächen und Industrieforen in der Vertretung des Landes in Brüssel thematisiert. Die Positionen sind zuvor gemeinsam mit der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie, den Unternehmerverbänden Niedersachsen, dem Verband der Chemischen Industrie, dem Verband der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft, Unternehmen und den zuständigen Ministerien erarbeitet worden.

Beim „[Masterplan Ems 2050](#)“ geht es auch und gerade um wirtschaftliche Kerninteressen Niedersachsens: Mit dem Masterplan können die ökologischen und ökonomischen Interessen zur Nutzung der Ems in Einklang gebracht werden. Unter Einbeziehung aller beteiligten Interessengruppen werden wichtige wirtschaftliche Impulse mit konkreten Maßnahmen zur Verbesserung des Erhaltungszustandes der „Natura 2000“-Gebiete an der Ems gesetzt. Gleichzeitig konnte ein Vertragsverletzungsverfahren der EU verhindert werden. Verstöße gegen die Fauna-Flora-Habitat- und die Vogelschutz-Richtlinie konnten ebenfalls erfolgreich abgewendet werden.

Wirtschaftliche Interessen sind zentral für den Wohlstand in Niedersachsen, aber sie müssen nachhaltig organisiert werden. Diese Position wurde immer wieder in der Diskussion um die Freihandelsabkommen TTIP und Ceta vertreten, etwa in Gesprächen zwischen Ministerpräsident Stephan Weil und den zuständigen EU-Kommissaren oder bei einem Industrieforum in Brüssel. Im Ergebnis konnte verhindert werden, dass bewährte Sozial-, Umwelt-, Agrar- und Verbraucherschutzstandards geopfert werden.

Die Landesregierung hat sich in Brüssel mit Nachdruck für den Erhalt des Meisterbriefs eingesetzt. Im März dieses Jahres hat sich die EU-Kommission für den Erhalt des Meisterbriefs ausgesprochen – ein gutes Zwischenergebnis! Der Meisterbrief sichert Qualität im Handwerk und hat sich in der Praxis bestens bewährt.

Eine entscheidende Weichenstellung in das digitale Zeitalter ist im Jahr 2015 gelungen. Zusammen mit dem Wirtschaftsministerium, der NBank und der Europäischen Investitionsbank wurde ein Muster für Darlehensverträge vereinbart, der den Kommunen wichtige Planungssicherheit für Investitionen in die Netze verschaffen. Die Landkreise bekommen auf diesem Weg Kredite in Höhe von 500 Millionen Euro zu Zinsen, die auch langfristig günstig sind. Dieses Konstrukt ist ein Meilenstein für den Breitbandausbau in Niedersachsen und hat europaweiten Modellcharakter.



Auch in anderen Bereichen nutzt die Staatskanzlei ihre Kontakte in Europa und der Welt, um die wirtschaftliche Zusammenarbeit zu stärken. Im Rahmen der niedersächsischen Partnerschaft mit Den Haag fanden beispielsweise im Jahr 2015 Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit in den Niederlanden statt. Dabei wurde zusammen mit der Deutsch-Niederländischen Handelskammer eine Investorenkonferenz organisiert, bei der weitere wichtige Verbindungen hergestellt werden konnten.

In Zusammenarbeit mit den niederländischen Nachbarn wurde zudem erreicht, dass über 65 Millionen Euro an EU-Mitteln für den Ausbau des transeuropäischen Verkehrsnetzes nach Niedersachsen fließen. Gefördert werden damit unter anderem der Ausbau der Eisenbahnverbindung Oldenburg-Wilhelmshaven sowie der Ausbau des Mittellandkanals.

Eine starke Rolle in der internationalen wirtschaftlichen Zusammenarbeit spielt auch die Deutsche Lehranstalt für Agrartechnik (Deula) in Nienburg. Sie hat beispielsweise im russischen Tjumen wertvolle Arbeit geleistet: Mit der Eröffnung des neuen Ausbildungszentrums der Agrarfachschule Jalutorowsk wurden nun erstmals Elemente des deutschen Dualen Systems in die landwirtschaftliche berufliche Bildung in Russland eingebracht.

Auch in Zukunft sollen wirtschaftliche Potenziale in der Zusammenarbeit mit weltweiten Partnern genutzt werden. Die Effekte, die daraus entstehen, sind in beidseitigem Interesse.

## **6. Niedersachsen fit für Europa machen**

Mit einer gezielten Strukturförderung und einem großen Einsatz für die Wirtschaft konnte gezeigt werden, wie sehr sich Europa lohnen kann. Damit diese Potenziale aber tatsächlich genutzt werden, muss der europapolitische Sachverstand in Niedersachsen dauerhaft und auf verschiedenen Ebenen gefördert werden. Das gilt für die Bürgerinnen und Bürger genauso wie für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesverwaltung. Nur wenn Europa im Alltag der Menschen mitgedacht wird, können die Chancen genutzt werden, die von der EU ausgehen.

Seit 2013 wurden weit über 200 leitende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der niedersächsischen Landesvertretung in Brüssel weiterqualifiziert. Diese Europa-Qualifikationen kommen der gesamten Landesverwaltung und damit den Menschen in Niedersachsen zugute. Auch Gruppen von Richtern haben von diesen Möglichkeiten profitiert, ebenso wie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesrechnungshofs. Im Rahmen dieser Qualifikationen kann vor Ort gelernt werden, wie EU-Institutionen arbeiten und wie in Brüssel Entscheidungen getroffen werden. Dadurch wird systematisch die europäische Kompetenz in der Verwaltung erhöht.

Auch an anderer Stelle fließt Sachverstand aus erster Hand nach Niedersachsen: In den vergangenen Jahren wurden wiederholt Landesbedienstete als nationale Experten an die Europäische Kommission abgeordnet. Das hier gewonnene Erfahrungswissen wird der Landesverwaltung in Zukunft an verschiedensten Stellen zugutekommen.

Der internationale Austausch behält auch im Bildungswesen seinen festen Platz. Lehrerinnen und Lehrer haben sich über die Landesvertretung in Brüssel fortgebildet, aber auch Schülerinnen und Schüler erhalten regelmäßige Chancen, über den Tellerrand hinauszuschauen und andere Kulturen kennenzulernen.





Zudem wird das bewährte Konzept der Europaschulen weiterhin umfassend unterstützt. Das Europäische Informations-Zentrum, ein Referat der Staatskanzlei, bietet den Schulen regelmäßig weitreichende Informationen zur EU an, beispielsweise Multimedialvorfürungen, Vorträge und vieles mehr. Eine besondere Rolle haben Planspiele, bei denen die demokratischen Entscheidungen bei den EU-Institutionen durchgespielt werden.

Niedersachsens Jugend hat noch weitere Möglichkeiten, sich international zu orientieren. Die wichtige Arbeit des Verbandes Entwicklungspolitik Niedersachsen wird mit jährlichen Mitteln unterstützt aber auch andere Austauschprogramme und Freiwilligendienste wie „kulturweit“, „Schulen: Partner der Zukunft“ oder „weltwärts.“

Auch in Zukunft werden [internationale Partnerschaften](#) genutzt werden, um gerade im Bildungsbereich bestehende Projekte fortzusetzen und neue Initiativen anzustoßen. Erfolgreiche Beispiele sind etwa die Schulpartnerschaft mit Niedersachsens japanischer Partnerregion Tokushima sowie die Hochschulzusammenarbeit mit Anhui (China) und Perm (Russland). All diese Austauschmöglichkeiten schaffen eine beiderseitige „Win-win-Situation“. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erweitern bei diesen Programmen nicht nur ihren eigenen Horizont, sondern sie engagieren sich auch für wichtige Anliegen in ihrem Gastgeberland.

## **7. Europa nach Niedersachsen holen ...**

Europa kann nicht allen jeden Wunsch erfüllen. In einer großen und einzigartigen Staatengemeinschaft wie der Europäischen Union müssen aufgrund ihrer Vielfalt immer Kompromisse geschlossen werden. Es ist deshalb von entscheidender Bedeutung, die Menschen mitzunehmen, ihre Meinungen zu hören und ihnen die zahlreichen, auch praktischen Vorteile der europäischen Idee nahezubringen. Notwendig sind dafür eine bürgernahe Kommunikation und bedarfsgerechte Informationsangebote.

Das [Europäische Informations-Zentrum \(EIZ\)](#) hat die Ausstattung erhalten, die es braucht, um eine moderne Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit zum Thema Europa zu leisten. So gab es beispielsweise im Jahr 2014 111 Projekte und Veranstaltungen, darunter Tagungen, Vorträge, Diskussionen und Workshops zu europäischen Themen. Mehr als 23.000 Bürgerinnen und Bürger wurden auf diesem Weg erreicht, im Durchschnitt mehr als 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer pro Initiative.

Diese Entwicklung hat sich mit positivem Trend verstetigt. Und sie zahlt sich aus: Während in 2009 noch unterdurchschnittlich viele Menschen an den Europawahlen teilnahmen (40,5 Prozent), verbesserte sich die Wahlbeteiligung in Niedersachsen für 2014 auf 49,1 Prozent und lag damit über dem Bundesdurchschnitt.

Über die Landesvertretung in Brüssel wurde noch weitere Expertise nach Niedersachsen geholt. Ein europaweit tätiges Expertenteam aus Großbritannien tauschte sich mit dem Landespräventionsrat über Präventionsmöglichkeiten gegen Islamismus und Salafismus aus.

Mit dem EIZ und der „Foundation for European Progressive Studies“ wurden in Brüssel und in Göttingen Fachtagungen zum aufkeimenden Phänomen des Rechtspopulismus durchgeführt. Dabei wurden Expertinnen und Experten aus verschiedenen europäischen Ländern an einen Tisch gebracht, um den Ursachen und Möglichkeiten ihrer Bekämpfung nachzugehen.



Wichtige Informationen werden aber nicht nur über Veranstaltungen, sondern auch über das regelmäßige Tagesgeschäft nach Niedersachsen geleitet. Wie entwickeln sich die Flüchtlingsbewegungen nach Europa? Wie geht der Aufbau des europäischen Grenzschutzes voran? Welche Entwicklungen gibt es in entscheidenden Schlüsselbereichen wie der Digitalisierung? Diese und viele andere Informationen fließen direkt aus der Landesvertretung aus Brüssel nach Hannover. Ziel ist, frühzeitig informiert zu sein, um rechtzeitig reagieren zu können.

## **8. ...und Niedersachsen nach Europa bringen**

Von Wirtschaft bis Umwelt, von Migration bis zu Fragen der Inneren Sicherheit – immer stärker wird deutlich, dass die Gesetzgebung, aber auch die Arbeitsweisen der Behörden, zunehmend europäisch geprägt sind. Um niedersächsische Positionen und Anliegen auf hoher Ebene direkt in Brüssel geltend zu machen, wurden verschiedenste Gespräche zwischen Mitgliedern der Landesregierung und den zuständigen Ansprechpartnern bei den EU-Organen geführt.

Ministerpräsident Stephan Weil traf sich zum Meinungsaustausch über aktuelle, für Niedersachsen wichtige Themen mit dem Präsidenten der Europäischen Kommission, Jean-Claude Juncker, dem damaligen Präsidenten des Europäischen Parlaments, Martin Schulz, mit zahlreichen EU-Kommissarinnen und -Kommissaren sowie weiteren Spitzenvertretern der europäischen Institutionen. Innenminister Boris Pistorius besuchte die europäische Polizeibehörde Europol. Er sprach dort mit dem Präsidenten über Themen wie Terrorabwehr oder die Bekämpfung von Cyberkriminalität. Wirtschaftsminister Olaf Lies führte verschiedene Gespräche über die Herausforderungen über die Stahlindustrie. Sozialministerin Cornelia Rundt warb für die Notwendigkeit eines sozialen Europa und einer aktiven Gleichstellungspolitik. Bei einer Kabinettsitzung in der Landesvertretung in Brüssel im Jahr 2015 standen unter anderem Gespräche über die europäische Energieunion mit Kommissions-Vizepräsident Maroš Šefčovič oder zum digitalen Binnenmarkt mit Kommissar Günther Oettinger auf der Agenda. Zahlreiche Landtagsausschüsse sind in den vergangenen Jahren zum fachpolitischen Austausch mit den Verantwortlichen auf EU-Ebene nach Brüssel gereist.

In diesen Gesprächen wurden niedersächsische Interessen auch in die Diskussion über die Zukunft Europas eingebracht. Entwicklungen wie der „Brexit“, die Fortentwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion, die notwendige soziale Union sowie Themen wie Migration, Sicherheit und die Zukunft des Freihandels wurden behandelt. Dabei geht es darum, ein zukunftsfähiges Europa als einen starken Partner in der globalen Welt zu entwickeln.

Die Interessen von Niedersachsen werden auch im Ausschuss der Regionen (AdR) direkt vertreten. [Europa-Staatssekretärin Birgit Honé](#) sorgt hier für eine effektive Rückkopplung zwischen Europa, Niedersachsen und seinen Regionen. Das Themenspektrum im AdR ist vielfältig: So hat Staatssekretärin Honé beispielsweise nachdrücklich auf die Schwierigkeiten der Stahlindustrie bei der Reform des Emissionshandels hingewiesen. Niedersächsische Positionen sind direkt in die Stellungnahme des Ausschusses eingeflossen. Vor dem Hintergrund der Stahlkrise warb sie für verlässlichere Rahmenbedingungen und unterstützte die Sanktionen gegen Dumpingexporteure, um niedersächsische Arbeitsplätze nicht zu gefährden.



Birgit Honé ist Mitglied in den Fachkommissionen für Umwelt, Klimawandel und Energie (Enve) sowie für Unionsbürgerschaft, Regieren, institutionelle Fragen und Außenbeziehungen (Civex) des Ausschusses der Regionen. Auf ihre Initiative besuchen die Vertreterinnen und Vertreter von Enve im Mai 2017 nach Leer, um sich dort über den Masterplan Ems 2050 zu informieren.

Intensive Erfahrungsaustausche zu verschiedenen Themen finden auf mehreren Ebenen und in vielen Formaten statt. Die mehrteilige Veranstaltungsreihe zur Prävention von Radikalisierung in der Landesvertretung in Brüssel ist dafür nur ein Beispiel. Hier sprachen Fachleute aus Niedersachsen mit Spezialisten aus anderen Mitgliedstaaten und der EU und tauschten Kenntnisse zu Entstehungshintergründen und erfolgreiche Beispiele für Gegenmaßnahmen aus. An der Fachdiskussion nahmen Wissenschaftsministerin Dr. Gabriele Heinen-Kljajic sowie Kultusministerin Frauke Heiligenstadt teil.

Auch bei einer dreiteiligen Veranstaltungsreihe zu Nachhaltigkeitsfragen standen grenzüberschreitender Erfahrungsaustausch und „best-practice“-Erfahrungen im Vordergrund: Niedersachsen will von seinen europäischen Nachbarn und Partnern lernen und zugleich gerne sein Wissen mit ihnen teilen.

## **9. Niedersachsen – ein geschätzter Partner in Europa**

Die niedersächsische Landesvertretung in Brüssel hat sich zu einem offenen Haus mit vielfältigen Gesprächs- und Diskussionsforen entwickelt. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort sind über verschiedenste Wege für zahlreiche Einrichtungen und Institutionen ansprechbar. Regelmäßig kommen Vertreterinnen und Vertreter aus Kommission, Parlament, Rat oder diplomatischen Vertretungen in die niedersächsische Repräsentanz in Brüssel. Traditionelle Veranstaltungsformate wie Industrieforen, Wirtschaftsempfänge oder das Grünkohlessen haben sich bewährt. Neue Kooperationen wurden vorangetrieben, etwa mit der „Stiftung Wissenschaft und Politik“. Auch die Hochschulrektorenkonferenz fand in der niedersächsischen Landesvertretung statt, ebenso wie ein Jahresempfang der Volkswagen AG.

Thematisch stehen auch künftig die Fragen auf der Tagesordnung, die den Menschen unter den Nägeln brennen – etwa die Flüchtlingspolitik in Europa, die zukünftige Ausrichtung der EU, aber auch andere Themen wie die zukünftige Planung der Stromtrassen oder verschiedene Aspekte von Nachhaltigkeit.

Über die Landesvertretung wurden die Beziehungen zu Niedersachsens östlichen Partnerregionen weiter intensiviert. So fand am 6. April 2016, dem 25. Jahrestag des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrags, die Veranstaltung „Migration und Identität in der europäischen Zeitgeschichte – eine historisch-politische Analyse aus polnischer und deutscher Perspektive“ statt. Dabei wurde eng mit den Partnerregionen Großpolen und Niederschlesien kooperiert.

Niedersachsen entsendet zudem über den Bundesrat mehrere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Arbeitsgruppen des Rates der EU. So ist Niedersachsen in der hochrangigen Arbeitsgruppe Asyl und Migration, aber auch bei anderen wichtigen Zukunftsthemen vertreten, die etwa in den Arbeitsgruppen für Umwelt oder Telekommunikation und Informationsgesellschaft behandelt werden.



Europa findet aber nicht nur in Brüssel statt. Die Landesregierung arbeitet an einem „Erasmus+-Projekt“ zur dualen Ausbildung gemeinsam mit Spanien, Italien und der Slowakei. Hier sind auch niedersächsische Unternehmen sowie die Sozialpartner eingebunden. Auf diesem Weg soll das Erfolgsmodell der dualen Ausbildung als solidarischen Beitrag in andere EU-Länder exportiert werden. So können nachhaltige Chancen für Jugendliche eröffnet werden. Dieser Beitrag ist gerade in Ländern mit hoher Jugendarbeitslosigkeit wichtiger denn je. So wird noch in 2017 zum ersten Mal ein Pilotausbildungsgang „Kfz-Mechatroniker“ mit tatkräftiger Unterstützung aus Wolfsburg in Süditalien umgesetzt werden. Auch für Spanien ist ein entsprechendes Projekt geplant.

Von diesem Engagement profitiert nicht nur die niedersächsische Wirtschaft, sondern auch die Jugend in Europa. Auch in Zukunft werden deshalb entsprechende Projekte vorangetrieben.

## **10. Niedersachsen - ein guter Nachbar**

Niedersachsen arbeitet eng und intensiv mit den Niederlanden zusammen. Diese gute Nachbarschaft wird nachhaltig gefördert, sie ist in beidseitigem Interesse. Die Partnerschaften mit der Zentralregierung in Den Haag und den Provinzen Drenthe, Fryslân, Groningen und Overijssel sind seit Jahren fest etabliert. Die Landesregierung engagiert sich auch in grenzübergreifenden Zweckverbänden der Ems-Dollart-Region (EDR) und der Euregio in Gronau. Auch auf politischer Ebene gibt es einen regelmäßigen, konstruktiven Austausch. Die grenzübergreifende Zusammenarbeit im Rahmen von „Interreg A“-Programmen unterstützt Niedersachsen seit 1991.

Dank zahlreicher innovativer und nachhaltiger Projekte hat diese Zusammenarbeit zu einem deutlichen Mehrwert für die gesamte Weser-Ems-Region geführt. Dabei hat die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit in der Region durch intelligentes Wachstum erste Priorität. Die große Präsenz von hochwertigen Technologieunternehmen sowie Forschungs- und Bildungseinrichtungen in der Region ermöglichen die Verbesserung der Marktchancen und die dauerhafte Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU). Das Land hat sich auch erfolgreich für einen völkerrechtlichen Vertrag eingesetzt, in dem die wirtschaftliche Nutzung der Gebiete in der Ems-Dollart-Region (Borkum-Riffgat) geregelt wird.

Die niedersächsisch-niederländische Zusammenarbeit nützt der Wirtschaft genauso wie der Bevölkerung. Das zeigt sich auch beim Ausbau der Verkehrsverbindungen, auf der Straße wie auf der Schiene. Mit dem „Projekt Wunderlinie“ strebt die Provinz Groningen eine deutliche Verkürzung der Reisezeit für den Schienenpersonenverkehr zwischen Groningen und Bremen an. Die Niedersächsische Landesregierung unterstützt die derzeitigen Untersuchungen zur Machbarkeit. Eine verbindliche Investitionsentscheidung wird im Sommer 2018 erwartet.

Von besonderer wirtschaftlicher Bedeutung ist zudem die Europastraße 233, ein wichtiges Verbindungsstück von Meppen und Haselünne, Lönigen und Cloppenburg in die Richtungen Amsterdam/Rotterdam und Hamburg/Bremen. Für den weiteren Ausbau dieser Strecke wurde nunmehr auch im neuen Bundesverkehrswegeplan ein „vordringlicher Bedarf“ festgeschrieben. Mit Hochdruck wird auch an einer Lösung für die „Friesenbrücke“ gearbeitet, die durch einen Schiffsunfall schwer beschädigt worden ist.



Niedersachsen arbeitet mit seinen Nachbarn auch im Energiesektor eng zusammen. Die Energiekooperation Niedersachsen-Nordniederlande sorgt dafür, dass gegenüber der Kommission mit einer Stimme gesprochen wird. Diese Zusammenarbeit markiert einen Benchmark für Europa. Potenziale bietet die Nachbarschaft zu den Niederlanden auch mit Blick auf den Arbeitsmarkt. Dazu wird fortlaufend geprüft, inwieweit Hindernisse für einen grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt abgebaut werden können. Ebenso werden gemeinsame Statistiken erstellt, um den Arbeitsmarkt im Grenzgebiet noch präziser zu analysieren und daraus die richtigen Schlüsse für die Situation der Beschäftigten abzuleiten.

Aber auch in den Bereichen des Umweltschutzes und des Tourismus haben nachhaltige Konzepte über die Grenzen hinweg zu einer Aufwertung geführt.

## 11. Niedersachsen engagiert sich für eine gerechtere Welt

Mehr als 65 Millionen Menschen (Stand Frühjahr 2017) sind weltweit auf der Flucht. Viele Menschen sehen schlichtweg keinen anderen Ausweg, um Krieg und Verfolgung, aber auch Armut, Hunger und Perspektivlosigkeit in ihrem Herkunftsland hinter sich zu lassen. In diesen Zeiten wird deutlicher denn je: Eine nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit ist kein Luxus, sondern eine Notwendigkeit, wenn Begriffe wie „globale Verantwortung“ und „Humanität“ politische ernst genommen werden. Das von der Kommission der Europäischen Union im Jahre 2015 durchgeführte „Europäische Jahr der Entwicklung“ war ein Erfolg. Mit vielen Aktivitäten in Europa, in der Bundesrepublik und in Niedersachsen ist der Stellenwert der Entwicklungszusammenarbeit – auch als ein Beitrag zur Vermeidung von Flucht vor Armut und Hoffnungslosigkeit – in den Vordergrund gerückt. Neun von zehn Europäerinnen und Europäern halten Entwicklungszusammenarbeit für ein überragend wichtiges Thema der EU. Fast drei Viertel stimmen zu, dass sie ein effektives Mittel zur Bekämpfung der irregulären Migration sei.

Alle sind hier gefordert, sich zu engagieren, damit Fluchtursachen Stück für Stück abgebaut werden können. Auch Niedersachsen trägt seinen Teil dazu bei, um die Lebenssituation von Menschen in krisengebeutelten oder wirtschaftlich schwächeren Ländern zu verbessern. Den Menschen soll in ihren Ländern eine menschenwürdige Bleibeperspektive geschaffen werden.

Im September 2015 sind für Niedersachsen erstmals eigene [entwicklungspolitische Leitlinien](#) beschlossen worden, die sich eng an den Nachhaltigkeits- und Entwicklungszielen der Vereinten Nationen orientieren. Die [niedersächsische Nachhaltigkeitsstrategie](#), die daran anknüpft, wurde Ende 2016 in die Verbandsbeteiligung gegeben. Bei der Entwicklung dieser Leitlinien wurden zahlreiche Akteure mit einbezogen, die sich in diesem Bereich engagieren – von Verbänden der Entwicklungsarbeit über den Landessportbund und den Landesfrauenrat bis hin zu Industrie- und Handelsverbänden. Das Ergebnis ist ein Konzept aus einem Guss, in dem entwicklungs-, umwelt-, wirtschafts- und sozialpolitische Ziele eng miteinander verzahnt sind.

Das Engagement für eine gerechtere Welt, das viele Menschen in Niedersachsen an unterschiedlichen Stellen leisten, wurde auch in anderer Hinsicht gefördert: Seit 2014 gibt es in Niedersachsen das Eine-Welt-PromoterInnen-Programm, das entwicklungspolitische Themen gegenüber der Öffentlichkeit vermittelt. Eine Servicestelle für Kommunen wurde dazu eingerichtet. Sie steht Gemeinden zur Seite, die bereits in diesem Bereich engagiert sind oder ein solches Engagement anstreben.



Zentrale Schwerpunkte der niedersächsischen Entwicklungsarbeit sind Südafrika und Tansania. Die Partnerschaft mit der Provinz Eastern Cape in Südafrika besteht seit nunmehr über 20 Jahren. Dazu wird eine lebendige Partnerschaft mit vielfältigen Projekten gepflegt: Die Zusammenarbeit beginnt bei der beruflichen Bildung und geht über Sport- und Kulturaustauschprogramme, den internationalen Freiwilligendienst bis hin zu Agrarwirtschaft, erneuerbaren Energien, der Bekämpfung von HIV/Aids sowie der Ernährungssicherung.

Die Zusammenarbeit wird stetig weiter fortentwickelt. Erst kürzlich wurde eine gemeinsame Erklärung zum Klimaschutz vereinbart. Dadurch wird nicht nur die Partnerschaft vertieft, sondern auch die Energieeffizienz erhöht und der Klimaschutz gestärkt.

Mit Tansania werden derzeit verschiedene Kooperationsmöglichkeiten erörtert. Im Fokus stehen dabei Bereiche wie Hochschulen, Bildung sowie die Aus- und Fortbildung sonderpädagogischer Fachkräfte, Gesundheitsversorgung, aber auch erneuerbare Energien, die Entwicklung ländlicher Räume und Ernährungssicherung. Niedersächsische Expertinnen und Experten, die in diesen Bereichen tätig sind, wurden unter anderem im Rahmen einer Delegationsreise einbezogen, um ein optimal vernetztes und zielgerichtetes Vorgehen zu ermöglichen.

Niedersachsen engagiert sich außerdem in Krisenregionen wie dem Irak. Schon im Jahr 2014 wurde der „Verband Kurdischer Ärzte“ umfassend finanziell unterstützt, um direkt vor Ort helfen zu können. Ein internationales Team aus 25 Ärzten und medizinischem Personal leistete vor Ort medizinische und humanitäre Hilfe. Im Folgejahr wurde gemeinsam mit Baden-Württemberg ein Sonderprogramm aufgelegt, über das traumatisierte Frauen und ihre minderjährigen Kinder aus dem Bereich der kurdischen Regionalregierung im Nordirak aufgenommen wurden. Dies war ein weiterer Beitrag, um die Not verletzlicher Gruppen in einer besonders bedrohlichen Situation zu lindern. Auch für die Folgejahre wurden Mittel bereitgestellt, um die aufgenommenen Menschen angemessen zu versorgen.

Es ist leider absehbar, dass sich auch weiterhin viele Menschen in dieser Region in schwierigen Situationen befinden werden. Die Entwicklungszusammenarbeit und die humanitäre Hilfe wurden deshalb um zusätzliche drei Millionen Euro in den Jahren 2017 und 2018 aufgestockt. Die betroffenen Menschen sollen auch in Zukunft von niedersächsischer Seite aus unterstützt werden.